

DONNERSTAGSKOLUMNE

Briefwechsel



zwischen
Peter Gauweiler und Christian Ude

Reparaturvorschläge für ein Fass ohne Boden

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Peter Gauweiler.

Lieber Christian,

in Sachen „Einwanderung in die Sozialsysteme verhindern“ sind wir uns offensichtlich einiger als gedacht. Du fragst zu Recht nach Lösungen und nicht nur nach Beschreibungen. (Ude an Gauweiler: „Wie schaut Deine Forderung konkret aus?“). Des Pudels Kern liegt meines Erachtens bei den „Erteilungsvoraussetzungen“ für einen Aufenthaltstitel in Deutschland und seiner Verlängerung. Der Gesetzgeber – nach dem Du in Deinem letzten Brief gerufen hast – verlangt in seinem Aufenthaltsgesetz für die Erteilung eines Aufenthaltstitels ganz unerschuldigt vom jeweiligen Antragsteller, „dass der Lebensunterhalt gesichert ist“. Gesichert von ihm selbst, von seiner Familie oder von seinem Arbeitgeber. Du und ich wissen, dass dieser Gesetzesbefehl durch zahllose weitere Bestimmungen, insbesondere des Sozialgesetzbuches (SGB) und durch die Rechtsprechung löchrig gemacht wurde wie ein Sieb. Um die Einwanderung in die Sozialsysteme zu verhindern, müsste Folgendes – um noch mal Christian Ude zu zitieren – auch vor dem Hintergrund „der Migrationsgeschichte der 60er-Jahre, des

Grundgesetzes, der Flüchtlingskonvention und der europäischen Rechtslage“ durchgesetzt werden:

1.) Nicht allein die Sicherung des Lebensunterhalts im Zeitpunkt der Entscheidung über die Aufenthaltserlaubnis darf relevant sein – bei der Beantragung der Aufenthaltserlaubnis muss erkennbar sein, dass die Sicherung des Lebensunterhalts auf absehbare Zeit andauert.

2.) Für einreisende Kinder und Ehegatten müsste eine auf Dauer angelegte Unterhaltssicherung ebenfalls nachgewiesen werden.

3.) Außerhalb des anerkannten Asyls sollten offensichtliche Sozialfälle nicht nach Deutschland einreisen dürfen.

4.) Die Tatsache, dass Ausländer den gleichen Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben wie Deutsche, ist nur dann auf Dauer haltbar, wenn der Kreis der Leistungsberechtigten bei ausländischen Arbeitslosen nach Aufenthaltsdauer und Einzahlungen in die Arbeitslosenversicherung eingeschränkt wird und Nichtberechtigte nicht als „Arbeitssuchende“ sofort in die deutsche Sozialhilfe ausweichen können.

5.) Personen, denen trotz

der sehr weiten gesetzlichen Regelung in Deutschland das Arbeitslosengeld aberkannt wird (bzw. die davon ausgeschlossen sind), darf nicht ein via SGB vom Steuerzahler finanzierter Lebensunterhalt in Deutschland ermöglicht werden. Der Aufenthalt der Betroffenen sollte von Amts wegen beendet werden.

6.) Hinsichtlich der EU, auf die Du auch hingewiesen hast, halte ich die Regelung auf Dauer für nicht bezahlbar, dass alte und neue „Unionsbürger“, selbst wenn sie nur 12 Monate ab 300 Euro monatlich als „Selbstständige“ in Deutschland tätig waren, für sich und für ihre hier lebenden nichterwerbstätigen Ehepartner und Kinder Arbeitslosengeld II einschließlich Sozialgeld und Krankenversicherung beanspruchen können.

Du weist zurecht darauf hin, dass die hinter allem steckenden Probleme anzusprechen in den Hochburgen der „political correctness“ verpönt ist. Deshalb trage ich diese paar Vorschläge Dir nur *sotto voce* vor und klammere mich an Deine Aufmunterung „Wohlan, an die Arbeit“ – wie an Dein Versprechen: „kann ich Dir differenzierte Reaktionen in Aussicht stellen.“ Erinnerst Du dich, wie die von der Großen Koalition seit Januar 2005 beschlossenen Erschwerungen des Zuzuges nach Deutschland – insbesondere beim Ehegattennachzug (Mindestalter, Sprachkenntnis des Nachziehenden), aber auch bei der Aufenthaltsverfestigung und im Bereich der Einbürgerung – in diesen Kreisen heruntergemacht worden waren? Natürlich sind pragmatische Vorschläge im Verhältnis zur extremen Kritik von ganz rechts oder ganz links nur kleine Schritte. Aber kleine Schritte sind besser als große Sprüche – oder das ewige Beschreiben eines Problems, ohne das Wagnis einzugehen, es zu lösen.

Bei aller sonstigen Übereinstimmung: Deine Meinung, dass man „schlecht“ den vergeblichen Lebenskampf armer Menschen bemitleiden und gleichzeitig den offenkundigen Missbrauch des

Systems bekämpfen kann, teile ich nicht. Im Gegenteil: Das eine bedingt das andere, wenn man kein Scheuklappenmensch sein will. „Leid tun“ mir von allem am meisten ohnehin die „Nichtberechtigten“, die Illegalen, die, die immer verlieren und die keine Hoffnung haben. Einer von ihnen war es, dem der heilige Martin die Hälfte seines Mantels gegeben hatte. Aber der Staat ist kein Heiliger. Und nur weil wir dazu verurteilt sind, den Verdammten dieser Erde nicht besser helfen zu können (weil wir nicht Ernesto Guevara oder Mao Tse-tung heißen), dürfen wir nicht unser schlechtes Gewissen auf den deutschen Staat abwälzen. Und von ihm etwas verlangen, das seine Möglichkeiten überspannt und kaputt gemacht hat.

Weil wir unsere Sozialkassen auch übermorgen brauchen.

Wenn das so weitergeht, wird unser Sozialsystem geknackt. Das alles ist ein Fass ohne Boden, in das man nicht immer mehr Steuergelder hineinschütten darf. Es ist ein bisschen wie mit Griechenland und dem Euro. Wir müssen das Fass reparieren.

Herzliche Grüße
Dein Peter Gauweiler